

Dr. Frank Überall, Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbands

Systemrelevantes Selbstbewusstsein

Das öffentliche Bild des sozialen Engagements in anti-sozialen Zeiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Titel meines Vortrags mag ein bisschen pathetisch klingen. Mir geht es aber nicht um übertriebenes Pathos, mir geht es um eine Bestandsaufnahme der Realität. Ich engagiere mich ehrenamtlich als Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands, kurz: DJV. Das ist die größte Gewerkschaft und Berufsorganisation in dieser Branche in ganz Europa. Aber ich arbeite auch als freier Journalist und ich beschäftige mich als Medien- und Sozialwissenschaftler mit der Realität. Geprägt bin ich da vor allem durch die Soziologie, deren Aufgabe es ist, zunächst nüchtern, neutral und unvoreingenommen – also ohne Pathos – zu beobachten, zu beschreiben und zu analysieren. Die persönliche Einschätzung und Kommentierung kommt als eigenständiger Schritt erst danach. In diesem Sinne möchte ich Sie mitnehmen auf eine soziologische Gedankenreise durch unsere gesellschaftliche Realität – verbunden natürlich mit einer meinungsstarken Einschätzung und der Erklärung, warum wir Selbstbewusstsein brauchen.

Wenn ich hier von „Wir“ sprechen, maße ich mir natürlich nicht an, im Namen der Aids Hilfe zu reden. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass wir als gewerkschaftlich engagierte Journalisten viel gemeinsam haben mit Ihnen, die sich für soziale Zwecke in unserer Gesellschaft einsetzen. Diese Gemeinsamkeiten sind relevant für unser gesellschaftliches System. Vielleicht sogar noch viel relevanter für unser Zusammenleben als irgendwelche Großunternehmen und Banken, die in den letzten Jahren schon mehr als genug staatliche Aufmerksamkeit bekommen haben. Zuweilen gewinnt man den Eindruck, dass das Zusammenleben der Menschen in den Hintergrund politischer Handlungsstrategien gerät.

Zunächst möchte ich Ihnen einen Überblick darüber geben, unter welchem Druck der Journalismus gerade steht. Wir in der Medienbranche sind immerhin kein ganz unwichtiger Baustein unserer Gesellschaft. Wir sind es, die Öffentlichkeit herstellen, die Diskurse prägen und mit strukturieren. Wir sind es, die den Mächtigen auf die Finger schauen. Wir sind die professionellen Kommunikations-Dienstleister, ohne die die Mitwirkung der oder des Einzelnen

in einer Demokratie nicht denkbar ist. Das ist eine kommunikative Haltung, die auf ein Miteinander ausgerichtet ist – nicht auf ein Gegeneinander. Das wird gerne durcheinander gebracht, denn natürlich ist es vor allem auch Aufgabe der Medien, zu kritisieren. Es kann unserem Berufsstand nicht darum gehen, zum Sprachrohr der Mächtigen zu werden, Regierungspolitik einseitig zu transportieren und jede Information ohne Hinterfragen in die Öffentlichkeit zu tragen. Damit würden wir der Gesellschaft auch nicht gerecht. Aber es geht eben auch nicht darum, unser demokratisches System grundsätzlich in Frage zu stellen. Bei allen politischen Unterschieden, die es zwischen einzelnen Journalistinnen und Journalisten, zwischen Sendern und Verlagen gibt – so gibt es doch sehr, sehr wenige, die eigentlich ein anderes System wollen, beispielsweise eine Diktatur. Das ist nicht konsensfähig in unserer Republik, auch nicht bei uns, die wir professionell Öffentlichkeit herstellen und strukturieren.

Diese kommunikativ-demokratische Grundhaltung ist etwas, was uns Medienvertreterinnen und Medienvertreter mit Ihnen von der Aidshilfe durchaus verbindet. Auch Ihnen geht es nicht darum, unser demokratisches System abzuschaffen, den Staat zu schleifen. Sie wollen schlicht, dass die Interessen Ihrer Klientel mehr zur Kenntnis genommen werden, sowohl in der Gesellschaft als auch in Politik und Verwaltung. Dafür nutzen Sie auch die Öffentlichkeit, aber in konstruktiver Weise – wozu es freilich auch gehört, mal zu kritisieren oder jemanden rhetorisch anzugreifen, meinetwegen auch mal auf deftige Art und Weise. Mit dem Hass, der uns aus Teilen der Gesellschaft derzeit aber entgegen schlägt, haben weder Journalismus noch soziale Arbeit etwas zu tun. Es geht nicht um Hassen, es geht um einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben.

Solche Beiträge leisten zu können, muss man sich leisten können. Ich komme deshalb noch einmal zurück auf die Situation des Journalismus in Deutschland. Wir haben uns daran gewöhnt, dass man hier seit einiger Zeit ein Produkt gratis bekommt: das Produkt der Arbeit von Journalistinnen und Journalisten. Von Menschen, die in der Regel hoch bis höchst qualifiziert sind, die recherchieren und berichten können: also ansprechend und präzise schreiben und erzählen. Die einordnen und kommentieren können. Weil man für so etwas im Internet längst nicht mehr bezahlen muss, verliert diese Arbeit an Wert – und damit auch an Wertschätzung. Das ist der große Fehler, den vor allem die Verleger von Tageszeitungen in Deutschland gemacht haben. Sie hatten gedacht, dass sie weg brechende Auflagen durch ihre Auftritte im weltweiten Netz

kompensieren können. Im Prinzip hat das sogar funktioniert: Nie haben so viele Menschen journalistische Produkte konsumiert wie heute. Aber die Vertriebs Erlöse werden immer geringer.

Wenn ich mit jüngeren Menschen spreche, stelle ich immer wieder fest, wie wenige von ihnen eine Zeitung am Kiosk kaufen oder sogar ein Abonnement abschließen. Man schaut ins Internet, holt sich dort die Informationen, wartet zuweilen sogar darauf, dass die Informationen selbst zu einem kommen: Manche meinen, sie bräuchten nur bei Facebook oder Twitter darauf zu warten, was ihnen so in die timeline gespült wird. Das reicht ihnen an Information über das Geschehen in der Welt, in Deutschland, in ihrer Stadt. Wenn man mal genau darüber nachdenkt, kann das natürlich nicht reichen, wenn man sich als mündige Bürgerin oder als mündiger Bürger versteht. Dann braucht man viel mehr Informationen, um beispielsweise eine vernünftige Wahlentscheidung treffen zu können.

Die Hoffnung der Zeitungsverleger – und auch anderer Medienunternehmen – war es, dass die steigende Reichweite im Internet auch höhere Anzeigenerlöse mit sich bringt. Das aber hat nicht funktioniert. Die Verleger haben es schlicht verpasst, gemeinsam nach zeitgemäßen Vermarktungsformen zu suchen. Genauso wie sie es versäumt haben, tragfähige Bezahlmodelle in der digitalen Welt zu etablieren. Bei beidem sind ihnen andere zugekommen: Bei Apple, Facebook, Google landen inzwischen die Einnahmen aus der Wirtschaft, nicht bei denen, die damit Journalismus finanzieren. In der Folge schmilzen Umsätze und Gewinne bei manchen Medienunternehmen – und die meinen, dass man vor allem bei den Journalistinnen und Journalisten ordentlich sparen kann. Dass sie damit ihr eigenes Produkt bis zur Unkenntlichkeit zu schädigen drohen, scheint ihnen nicht bewusst zu sein.

Meine Damen und Herren, sie haben wahrscheinlich von einem Gewerkschaftsvorsitzenden nichts anderes erwartet als das Wehklagen über schlechte Bezahlung und miese Arbeitsbedingungen. Trotzdem war es mir wichtig, diese auch aus neutraler Sicht notwendige Bestandsaufnahme zu liefern, wenn wir uns jetzt gemeinsam anschauen, was das gesellschaftlich bedeutet.

Aber wir Journalistinnen und Journalisten sind auch nicht der Nabel der Welt. Es gibt auch noch viele andere Bereiche der Gesellschaft, die Aufmerksamkeit – ja: mehr Aufmerksamkeit - verdient haben. Soziale Verbände zum Beispiel wie die Aidshilfen. Denen – Ihnen – geht es wie uns Medienvertretern: Es ist

irgendwie selbstverständlich, dass es sie gibt. Aber dass sie auch Ressourcen brauchen, wird leichtfertig in Frage gestellt.

Es muss gespart werden, in den Medienhäusern, aber auch in den Haushalten der Republik: Das beginnt in den privaten Haushalten, in denen viele Menschen unter immer höherem sozialen Druck stehen. Im eigenen Budget Geld zu finden, das man sozialen Organisationen spenden kann, ist gar nicht mehr so einfach. Und auf die Idee, das gesellschaftliche Zusammenleben mit freiwilligen finanziellen Beiträgen zu fördern, kommen einige schon gar nicht mehr. Sie machen sich nicht mehr bewusst, dass soziales Engagement nicht von alleine kommt, dass es eben Ressourcen braucht. Und in den staatlichen Haushalten sieht das nicht anders aus. Mit Pathos wird immer wieder darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, alle öffentlichen Aufgaben zu finanzieren. Man müsse sich auf das Wesentliche konzentrieren, heißt es von politischer Seite immer und immer wieder: Auf das, was relevant für das System ist. Die Rettung von Banken zum Beispiel wurde in der jüngsten Zeit als absolut systemrelevant gesehen. Ich will an dieser Stelle nicht darüber urteilen, ob diese Ansicht zurecht vertreten und politisch durchgesetzt wurde. Mir geht es um einen anderen Aspekt: darum, den Blick darauf zu richten, dass auch ein gutes soziales Miteinander relevant für unser demokratisches, gesellschaftliches System ist. Wenn wir das aus dem Blick verlieren, wenn wir da nicht nachhaltig investieren, drohen wir das Bindeglied zwischen den Menschen zu verlieren. Dann werden wir vollends antisozial. Ich denke, das wollen wir alle nicht.

Die Suche nach den richtigen Kriterien für die Feststellung von Relevanz ist dann auch wieder eine Frage der öffentlichen Kommunikation. Der Konsens, was gerade wichtig oder unwichtig ist, ist stets das Ergebnis eines immerwährenden Aushandlungsprozesses. Dafür wiederum ist es wichtig, dass Argumente ausgetauscht werden, dass um den besten Weg für uns alle gerungen wird. Das funktioniert nur mit Hilfe einer Massenkommunikation, und das geht auch nur, wenn dem Diskurs solide und glaubwürdige Informationen zugrunde liegen. Genau da aber ist das System längst brüchig geworden. Manche Politiker haben die Lüge zur Kunstform erhoben oder zumindest die bewusste populistische Provokation auf der Grundlage von Halb- oder Unwahrheiten.

Dafür brauchen wir gar nicht in die USA oder in die Türkei zu gucken, wir beobachten das auch in Polen und Ungarn und letzten Endes sogar in Deutschland. In unserer Republik gibt es längst politisch Aktive, die bewusst

provozieren, die auf populistische Art und Weise Stimmung machen und sich selbst nicht in die Pflicht nehmen lassen: Notfalls wird später wieder argumentativ zurück gerudert, es wird geleugnet, Journalisten werden pauschal verunglimpft, weil sie die Öffentlichkeit angeblich falsch informieren. So kann gelingende Kommunikation nicht funktionieren. Auch ein solches Verhalten ist gezielt anti-sozial!

Wenn ich von anti-sozial spreche, meine ich damit Verhaltensweisen und Einstellungen, die im soziologischen Sinne gegen das friedliche Zusammenleben gerichtet sind. Das ist nicht einfach asozial – also aus einer unreflektierten Haltung entspringend. Anti-soziales Verhalten ist bewusst gegen unser System gerichtet, will es von innen aushöhlen und letztlich zerstören. Das Fernziel ist es dann, ein eigenes System zu errichten. Dabei geht es dann um autoritäre Strukturen oder die Konzentration auf einen wie auch immer definierten Volkskörper. Es geht also darum, Menschen aus Gemeinschaft und Gesellschaft bewusst auszuschließen, ihnen keine Chance zu geben. „Deutsche zuerst“ könnte man dieses Konzept hierzulande nennen, in Anlehnung an das, was der Präsident in den Vereinigten Staaten formuliert hat. Eine solche Entwicklung bezeichne ich als anti-sozial.

Aber es gibt auch Hoffnung: Nachdem der Präsident Freiheitsrechte in Frage gestellt hat, hat sich eine gesellschaftliche Gegenbewegung gegründet: Die einen kaufen plötzlich Zeitungen wie die New York Times, die von Trump massiv geschmäht wurden. Die Folge ist die drastische Steigerung der verkauften Exemplare dieser Zeitung und damit der Gewinne, die wiederum in zusätzliche Journalisten investiert werden. Und die Bürgerrechts-Bewegung hat Zulauf, wie wir an Demonstrationen und Spendenaufkommen bei entsprechenden Gruppierungen sehen können. Das zeigt: Auch in schwierigen Zeiten müssen wir, müssen Sie, Mut haben! Demokratie muss jeden Tag auf's Neue verteidigt werden, sie ist nicht einfach selbstverständlich da.

Was wir brauchen, ist ernsthafter Diskurs. Der darf auch ruhig durch Zuspitzungen gewürzt werden. Aber er darf nicht abrutschen in Beschimpfungen, in Intoleranz, in Exklusion. Genau diese Gefahr besteht nun aber. Wer sich nur noch in seinen eigenen so genannten sozialen Netzwerken bewegt, hält sich letztlich in einer Echokammer auf, in der andere Sichtweisen und Meinungen keine Gültigkeit mehr besitzen. Die dringen gar nicht mehr durch. Der Kommunikationsraum geht verloren. Wir alle müssen daran arbeiten, ihn zurück zu gewinnen: den gemeinsamen Kommunikationsraum mit

all seinen unterschiedlichen Meinungen und Widersprüchen. Raus, also, aus der vermeintlich sozialen Echokammer der Selbstvergewisserung, rein in den ernsthaft sozialen Kommunikationsraum, der durch professionelle Medien wesentlich mitgestaltet wird!

Denn Toleranz kann sich nur einstellen, wo es Verstehen gibt, im besten Falle sogar Verständnis. Sie können sich lebhaft ausmalen, dass selbst Verstehen-Können zwingend voraussetzt, dass man sich mit einer anderen inhaltlichen Position überhaupt einmal auseinandersetzt. In der kommunikativen Echokammer gibt es dafür nahezu keine Chance. Die Filterblase der sozialen Netzwerke trägt nicht zum Verstehen der Welt bei, nicht zum Verständnis für die Gesellschaft, nicht zur Würde des Menschen. Die Filterblase ist aus meiner Sicht würdelos, denn sie dient einzig und allein dem Zweck, sich selbst, die eigenen Einstellungen und Vorurteile zu bestätigen und seinesgleichen zu suchen und zu finden. Twitter und Facebook liefern zu jeder Tages- und Nachtzeit eine Fülle von Beispielen dafür. Je mehr getippt und geklickt wird, so kommt es mir manchmal vor, desto weniger wird kommuniziert. Eine für die gesamte Gesellschaft verhängnisvolle und eben im Wortsinne würdelose Entwicklung!

Dass Journalistinnen und Journalisten wichtige Partner bei der Strukturierung des notwendigen Diskurses sind, meine ich gezeigt zu haben. Wie aber kommen Sie als Engagierte in der Aidshilfe in diesem Diskurs vor? Sie müssen wahrnehmbar sein, sich einsetzen und mutig argumentieren. Im Vorwort eines Jahresberichts Ihres Verbandes habe ich eine Stelle gefunden, an der das gut formuliert ist: Ein leistungsstarker, effektiver und gut vernetzter Partner im gesundheitspolitischen Bereich unseres Landes wollen Sie demnach sein, eine engagierte, teils unbequeme Interessenvertretung; ein lernfähiges und zielgruppenorientiertes Präventionsnetzwerk. Sie setzen also auf Kommunikation, auf Verstehen-Wollen und auf das aktive Gegenstück zu diesem Begriff: das Erklären-Wollen. Sie wollen rein in den gesellschaftlichen Kommunikationsraum, Ihre Positionen wahrnehmbar machen und dafür sorgen, dass sich Verstehen und Verständnis einstellen. Das ist die Musterrolle für NGO`s, also Nicht-Regierungsorganisationen.

Denn es kann nicht allein Aufgabe des Staates sein, über die Hintergründe von HIV und Aids aufzuklären. Mit einer bürokratischen Erziehungshaltung erreicht man in der Kommunikation nahezu nichts. Sämtliche Werbeverbote für Zigaretten fangen genauso wenig wie drastische Vorschriften über Sprüche

und Fotos auf den Verpackungen von Rauchwaren. Selbst die strafbewehrt-repressive Politik hierzulande im Hinblick auf weiche Drogen wie Marihuana hat nicht wirklich durchschlagenden Erfolg. Wir alle lassen den Staat eben nicht gerne tief in unser Privatleben eintauchen, wir lassen uns nicht gerne belehren – und eine andere Ansprache schaffen die bürokratischen staatlichen Strukturen in ihrer Massenkommunikation nur äußerst selten. Deshalb bedienen sich die Ämter und Ministerien der Hilfe durch ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger: der Unterstützung durch Menschen, die sich sozial engagieren. Menschen wie Ihnen.

Ihnen geht es wie uns Journalisten nicht darum, als Volkspädagogen mit strengem Blick und erhobenem Zeigefinger aufzutreten. Und: Ihnen geht es auch längst nicht mehr nur darum, dass die medizinische Versorgung für Patientinnen und Patienten mit HIV oder Aids verbessert wird und – ich verkürze es hier mal bewusst: dass Kondome schützen. Es geht um viel mehr. Es geht darum, mit Missverständnissen oder Unwissenheit, mit Vorurteilen oder Ablehnung umzugehen. Es geht darum, sich für ein lebenswertes Leben für Ihre Klientel einzusetzen. Es geht darum, gesellschaftliche und politische Kommunikationsräume dafür zu finden, um für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile zu werben. Es geht um Aufklärung – im mehrfachen Wortsinne. Also auch um eine geistige Aufklärung. Denn Rita Süßmuth, die sich sehr um die Aidshilfe verdient gemacht hat, hat das mal mit folgendem Satz auf den Punkt gebracht: „Wenn Wissen nicht mit Haltung verbunden ist, schafft es keine Zukunft.“

Sie arbeiten daran, Ihre Botschaften in die Öffentlichkeit zu tragen, damit sie bei den einzelnen Menschen ankommen. Dafür brauchen Sie die Medien, uns Journalisten. Natürlich kann man mal ein Posting bei Facebook absetzen, einen Tweet über Twitter verschicken oder bei Snapchat lustige Videos machen. Damit wird man immer auch ein paar Menschen erreichen. Aber machen wir uns nichts vor: Massenkommunikation sieht so nicht aus!

Sie gehen den richtigen Weg, wenn Sie in einen Dialog treten mit Entscheidungsträgern im Bereich der Politik. Mir ist bei der Lektüre Ihres vorletzten Jahresberichts beispielsweise aufgefallen, dass Sie mit Guido Schlimbach offenbar einen rührigen Pressesprecher haben, dem es gelingt, in Interviews den Mächtigen Positionen zu entlocken, die auch dieser Verbandstag hätte einstimmig verabschieden können, so sehr bringen sie die Positionen der Aidshilfe auf den Punkt. So sagte die nordrhein-westfälische

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in einem dieser Interviews, dass in der Gesellschaft – so wörtlich – gegenüber Menschen mit HIV noch zu viele Vorurteile herrschen, die jeglicher Grundlage entbehren.

Ihre Botschaft ist also angekommen, in der Düsseldorfer Staatskanzlei. Und in einem anderen Interview erklärte Reinhard Klemke, Vorstandsmitglied der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren, dass man die eigenen Positionen mit Freude und Stolz in die Öffentlichkeit tragen wolle. Und wörtlich erklärte Klemke weiter: „Wir wollten anders wahrgenommen werden als nur im Kontext von Aids, wir wollten aber auch eine Plattform für die Wahrnehmung unserer Interessen in der Politik schaffen.“ Solche Einschätzungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, für die eigenen Positionen auf den richtigen Kanälen zu werben.

Sie sehen, ich habe mir Ihre Veröffentlichungen genau angeschaut. Und ich habe eine Stelle darin gefunden, die das Verhältnis der sozial Engagierten zur Öffentlichkeit aus meiner Sicht recht treffend auf den Punkt bringt, und das nicht nur in Bezug auf die Aidshilfe: So appelliert Markus Johannes vom Schwulen Netzwerk NRW in einem Beitrag für mehr Gelassenheit in der öffentlichen Kommunikation. „Seit einigen Jahren werden in Politik und Gesellschaft viele Debatten immer hysterischer“, schreibt Markus Johannes, und weiter: „Alle scheinen besorgt über irgendwen oder irgendwas. Besorgtheit dominiert mehr und mehr unseren Arbeitsalltag und lähmt unsere Innovationsfreude.“

Jetzt ist es eigentlich keine schlechte menschliche oder auch gesellschaftliche Eigenschaft, sich Sorgen zu machen. Der Begriff der „besorgten Bürger“ hat aber in der letzten Zeit eine Konnotation bekommen, die eine wirklich soziale Orientierung vermissen lässt. Denen, die diesen Begriff für sich okkupiert haben, geht es in Wahrheit um fundamentale Systemkritik, um eine anti-soziale Besorgtheit, um die eiskalte und enthemmte Durchsetzung von Partikularinteressen. Berechtigte Sorgen deuten sie um in grundlegende Besorgtheit und nutzen sie zur populistischen Stimmungsmache zu Gunsten ihrer eigenen, radikalen, vermeintlichen Lösungsangebote. Vor allem auf der politisch weit rechten Seite stellen wir diese Entwicklung fest. Und zumindest in Teilen der Gesellschaft scheint diese Sorgenradikalität auf fruchtbaren (oder sollte ich sagen: furchtbaren?) Boden zu fallen.

Der öffentliche Diskurs aber wird damit aus meiner Sicht vergiftet, er drängt die Sorgenvollen in eine radikale Systemkritik, die diese unsere weltoffene

Republik in Frage stellt. Auf diese Weise wird ein Angebot zur Selbstvergewisserung gemacht, das von manchen, die sich allein gelassen fühlen, nur allzu gerne aufgenommen wird. Wir müssen uns also fragen, wen wir im sozialen Bereich warum verloren haben. Warum manche Menschen den etablierten Institutionen nicht mehr vertrauen, warum sie sich dubiosen, zerstrittenen Heilspredigern anvertrauen – oder ihnen zumindest bei Wahlen ihre Stimme geben. Denen, die keine Gelegenheit auslassen, vorhandene Strukturen und sogar Grundrechte fundamental anzugreifen: zum Beispiel auch die Pressefreiheit.

„Lügenpresse“ wird da gerufen oder auch „Lückenpresse“, wenn man sich mal etwas feiner ausdrücken will. Das eine unterstellt, die Wahrheit zu kennen und ganz bewusst das Gegenteil davon zu berichten. Das andere unterstellt, dass gezielt Informationen weg gelassen werden, um die öffentliche Meinungsbildung zu manipulieren. Manche träumen sogar davon, dass aus dem Kanzleramt oder der Staatskanzlei Anrufe in Redaktionen ankommen, mit denen die Richtung der Berichte vorgegeben wird. Glauben Sie mir, ich arbeite seit mehr als einem Vierteljahrhundert als Journalist, ich habe viele Redaktionen in der ganzen Republik kennengelernt: Solche Einflussnahmen von politischer Seite gibt es nicht. Und noch haben wir glücklicherweise eine recht plural aufgestellte Medienszene in unserem Land, so dass sich für Politiker unliebsame Nachrichten gar nicht konsequent unterdrücken lassen.

Es gibt aber Menschen, die das glauben. Die glauben, dass Nachrichten und Journalismus bei uns nicht unabhängig sind. Die von interessierter Seite eingeredet bekommen – und sich einreden lassen -, dass die Öffentlichkeit ständig manipuliert wird. Solche Fake-News, Phantastereien oder gar Verschwörungstheorien findet man überall, vor allem auch in den sogenannten sozialen Netzwerken des Internets. In den Filterblasen derjenigen, die professionell gemachten Medien konsequent misstrauen. Auf Fachveranstaltungen wird darüber diskutiert, dass das gefährlich für die Demokratie ist. Das stimmt sicher. Experten reflektieren dann darüber, dass das alles ganz neu und unglaublich ist. Die Folge ist ein weit verbreiteter Kulturpessimismus; das Gefühl, machtlos gegenüber solchen Gedankengängen zu sein. Aber ist das wirklich alles so neu, wie manche heute behaupten? Hat es nicht immer schon Menschen gegeben, die sich wilde und krude Gedanken über Politik und Gesellschaft gemacht haben?

Früher fand man so etwas beispielsweise in den Hinterzimmern von Kneipen. Stammtisch hieß das und da fielen durchaus deftige Sprüche. Ob Fußballtrainer, die Nachbarn oder „die da oben“ – vor allem also Politikerinnen und Politiker – alle wurden oft nach exzessivem Alkoholgenuss am Kneipenstammtisch mit markigen Schimpfworten bedacht, rhetorisch niedergemacht und für alles Leid in der Welt zur Verantwortung gezogen. Das hat es immer gegeben. Es spielte sich aber in einer eigenen, kleinen Welt ab, die nicht anschlussfähig war im massenhaften Diskurs unserer Republik. Sie war abgeschottet, begrenzt auf den Stammtisch, um den die große Mehrheit der Bevölkerung eher einen großen Bogen gemacht hatte. Heute mag es solche Kneipenstammtische vielleicht auch noch geben, ich habe in der letzten Zeit selten welche gesehen. Der Schauplatz des diffus-niederträchtigen Lästerdiskurses hat sich längst verlagert an den digital verlängerten Stammtisch der sozialen Netzwerke im Internet.

Und selbst wissenschaftlich unbewiesene Mutmaßungen und Verschwörungstheorien fanden in der Vergangenheit durchaus ein Massenpublikum. Ich erinnere da nur an Erich von Däniken, der seit Jahrzehnten fleißig aufschreibt, dass Außerirdische uns bald besuchen werden. Seine Voraussagen haben mit der Realität nicht viel zu tun. Denn das, was wir zu Karneval in Köln beobachten, mögen eigenwillige Gestalten sein, aber sicher keine Außerirdischen, die uns auf der Erde besuchen. Insofern scheint von Däniken mit seinen immer wieder erneuerten und wortreich begründeten Ausführungen gründlich danebenzulegen zu haben. Trotzdem sind seine Bücher Bestseller geworden, schon zu der Zeit, als ich noch ein Kind war – sie haben sich millionenfach verkauft. Und das, obwohl sie nicht in der Form eines Science Fiction-Romans daher kamen: Nein, Erich von Däniken meinte und meint das alles ernst. Fakten interessieren ihn nicht, für ihn gibt es quasi alternative Fakten – auch wenn sie nur seiner Phantasie entspringen. So neu ist dieses Phänomen also nicht und genauso wenig neu ist es, dass solche Gedankengänge durchaus in einem umfangreichen Publikum verfangen können.

Was wir brauchen, ist also eine neue Ernsthaftigkeit. Lassen Sie mich das mit einem lebensnahen Beispiel erläutern: Als ich jüngst ein Interview geführt habe mit Eckart von Hirschhausen, dem Arzt und Kabarettisten, kam die Sprache auch auf gesunde Ernährung. Natürlich könne man da draußen irgendwo ein Schnitzel für einen Euro kaufen, sagte mir Eckart von Hirschhausen. Aber so ein billiges Fast Food könne wohl kaum aus artgerechter Tierhaltung stammen und

wirklich gesund könne es auch nicht sein. Und dann sagte er: „Wir müssen uns genau überlegen, was wir essen – also aus was wir bestehen wollen.“ Ich finde, das ist ein anschaulicher Gedankengang. Und der gilt nicht nur für die Nahrungsaufnahme. Der gilt auch für die Frage, wie wir uns informieren, welche Medien wir benutzen.

Natürlich gibt es da draußen reichlich Veröffentlichungen, die gratis angeboten werden und die meisten davon haben nur eine mangelhafte inhaltliche Qualität. Wenn es um unsere geistige Nahrung geht, müssen wir uns aber ebenso überlegen, aus was wir bestehen wollen. Was wollen, was müssen wir glaubhaft in Erfahrung bringen, wenn wir zum Beispiel im Mai bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen oder im September bei der Bundestagswahl unsere Stimme abgeben? Vertrauen wir da dem professionellen Journalismus oder lassen wir uns von obskuren Internetquellen leiten? Wäre Erich von Däniken vielleicht ein guter Orientierungspunkt? Wohl kaum. Ich jedenfalls will keinen Honig im Kopf, sondern wahrhaftige Informationen. Sie sicher auch.

Das muss man sich aber erst mal bewusst machen. Das hat ja auch viel mit Bequemlichkeit zu tun. Billiges Fast Food ist bei Lebensmitteln schnell und verführerisch verfügbar, aber eben auch bei den Informationen. Manchmal sprechen wir da über mangelhafte Qualität, manchmal aber sogar über nachgemachte oder falsche Nachrichten, die da in Umlauf gebracht werden. Und im Gegensatz zum Falschgeld wird niemand mit Freiheits- oder Geldstrafe bedroht, wenn er nachgemachte oder falsche Informationen verbreitet. Das ist auch gut so. Zensur kann nicht die Lösung sein für die Krise der Öffentlichkeit, die wir gerade erleben. Wir müssen uns schon an die eigene Nase fassen, wieder selbst nachdenken, uns darüber bewusst werden, was wir eigentlich wollen: und auch darüber bewusst werden, was oder wer wir eigentlich sind. Der Ausbruch aus der Unmündigkeit des digital verlängerten Stammtisches gelingt nur mit Selbstbewusstsein.

Wer die Gesellschaft verändern will, muss stets bei sich selbst anfangen. Jede oder jeder muss sich bewusst machen, was man eigentlich will und was man selbst leisten kann oder will, was man beitragen will zum ständig laufenden Aushandlungsprozess über die Frage, wie sich unser Zusammenleben weiter entwickelt. Aus soziologischer Sicht gehört zu diesem Selbstbewusstsein, die eigene Rolle in der Gesellschaft zu erkennen. Im Wandel der Zeiten bedeutet das eigene Dasein immer auch einen Wandel der Rollen.

So war es für uns Journalistinnen und Journalisten stets selbstverständlich, dass wir einfach unseren Job machen. Wir sind quasi als Prophet auf den Berg gestiegen und haben gesendet. Wir haben aber nicht oder zumindest kaum empfangen. Was Bertolt Brecht in seiner Radiotheorie formuliert hatte, war für uns eher eine nette Spinnerei: dass die Rezipienten auch zu Sendern werden können, dass mündige Bürger massenwirksame Öffentlichkeit herstellen. Dank der längst nicht mehr neuen Techniken des Internet sind wir an diesem Punkt aber angelangt: Jede, jeder kann zum Sender werden. Manche schaffen es tatsächlich, mit ihren Positionen von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Viele arbeiten sich auf diese Weise auch an etablierten Medien ab, stellen Fragen und kritisieren den professionellen Journalismus. Das kennen wir Journalistinnen und Journalisten so und in dem Ausmaß bisher nicht. Wir müssen uns plötzlich einer gänzlich ungewohnten Diskussion stellen. Es ist nicht mehr selbstverständlich, was wir beruflich tun. Wir haben nicht mehr das Monopol auf die Herstellung von Öffentlichkeit. Wir müssen Antworten auf die Fragen geben, was unsere Professionalität, unser Handwerk ausmacht. Diese Herausforderung hat uns unsicher gemacht, zumal einige recht aggressiv Erklärungen für das einforderten, was wir für selbstverständlich hielten. Jetzt müssen wir uns plötzlich erklären, was bedingt, dass wir uns selbst verstehen bzw. verstehen lernen. Das ist auch eine Chance: Denn genau so können wir Selbstbewusstsein aufbauen, und das werden wir brauchen – bei den Herausforderungen des Medienwandels, die bei weitem nicht beendet sind. Wir Journalistinnen und Journalisten sind und bleiben aber relevant für das gesellschaftliche und demokratische System. Daran führt kein Weg vorbei, davon bin ich überzeugt. Diese Überzeugung muss aber im kollektiven Selbstbewusstsein meiner Branche noch stärker verankert werden, wenn wir bestehende Unsicherheiten überwinden wollen.

Denn, das will ich nicht verhehlen, manche Entwicklungen haben unser Selbstbewusstsein ziemlich angekratzt. Politiker und Bürger beschimpfen die professionellen Medien und ihre Macher, wenden sich von ihnen ab, ernähren sich nur noch von geistigem Fast Food. Sie meinen, uns nicht mehr zu brauchen, erst recht nicht mehr bezahlen zu müssen. Sie schreien: „Lügenpresse“ und wollen uns damit gezielt in unserer Berufsehre verletzen. Ganz ehrlich: Die Rechnung geht manchmal auf. Wir Journalistinnen und Journalisten sind keine Lügner, wir wollen auch nicht als solche abgestempelt werden. Wir können und dürfen nicht dabei zuschauen, wie wir pauschal

diskreditiert werden, wie ein Vorurteil geprägt und immer salonfähiger gemacht wird. Wir müssen uns mit gesundem Selbstbewusstsein dagegen auflehnen.

Und Ihnen bei der Aidshilfe geht es doch da nicht anders. Mal mag es Unwissenheit sein, die dazu führt, dass Menschen mit HIV oder Aids ausgegrenzt werden. Zuweilen scheint mir dahinter aber auch eine Strategie zu stecken. Wer in einer komplexen Welt mit Argumenten nicht überzeugen kann, baut gerne Feindbilder auf, um ein „Wir-Gefühl“ in der eigenen Zielgruppe zu erzeugen. Mit populistischen Verzerrungen ist das in der Vergangenheit schon ganz gut gelungen. Jetzt, wo für manche Fakten nahezu keine Rolle mehr spielen, wo sie für wahrhaftige Argumentationen zuweilen gar nicht mehr zugänglich sind, gelingt das noch viel besser. Der Sog in Richtung anti-soziales Verhalten gewinnt an Kraft. Opfer sind diejenigen, die als solche ausgemacht werden. Insofern haben wir da wieder eine Gemeinsamkeit: Wir Medienvertreter werden da genauso gerne als Außenseiter abgestempelt wie Sie, die Sie sich sozial engagieren.

Wir alle aber, jede und jeder von uns, sind zusammen der Kitt, der diese Gesellschaft zusammenhält. Das mag wieder pathetisch klingen, ist aber im Kern ganz ernst gemeint. Journalismus und soziale Arbeit sind systemrelevanter als so manche strauchelnde Großbank. Das schönste intakte Wirtschaftssystem nützt nichts, wenn die Menschen nicht aufeinander Acht geben, sich engagieren und mit Ernst und Wahrhaftigkeit miteinander kommunizieren. Auf der Suche nach dem besten Weg für uns alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Verbandstag der Aidshilfe NRW am 31. März 2017 in Köln